

«Ballenberg für Beamte» oder «Big Pharma»?

Autor(en): Christof Wamister

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 2010

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/fc208cb6-ceed-4b3f-a466-d5ca83c79e2a>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

«Ballenberg für Beamte» oder «Big Pharma»?

Christof Wamister

Stadtentwicklung ist zu einem Markenzeichen geworden: Staat und Bürger sollen gemeinsam die Verbesserung der Lebensqualität angehen. Um den Bevölkerungsrückgang zu stoppen und neue Bewohner nach Basel zu ziehen, muss die Stadt attraktiver werden. Als Ende der 1990er-Jahre in Hearings Ideen gesammelt und dann zu einem «Aktionsprogramm Stadtentwicklung» gebündelt wurden, war die Skepsis beträchtlich. Ein bürgerlicher Grossrat sprach von einem «Ballenberg für Beamte, die hier wohnen bleiben» (BaZ vom 24. Juni 1999). Man befürchtete grüne Utopien und gepflegte Stagnation.

Heute ist man sich einig darüber, dass es um mehr geht als um spektakuläre Bauprojekte. Damit droht aber auch die Gefahr, dass Stadtentwicklung zur blossen Worthülse verkommt. Niemand wird im Ernst gegen Stadtentwicklung sein; es gab sie immer schon. Als im 19. Jahrhundert die Stadtmauern abgebrochen und Ringstrassen gebaut wurden, waren dies ebenso Stadtentwicklungsentscheide wie die Sanierung des Dalbelochs. Jede Volksabstimmung ist ein Stadtentwicklungsentscheid im Kleinen.

In der neuen Kantonsverfassung von 2006 kommt zwar das Wort Stadtentwicklung nicht vor; im § 34 «Raumplanung und Wohnumfeld» ist immerhin von «Siedlungsentwicklung» die Rede. Doch mit der Neuorganisation der Departemente wurde die Stadtentwicklung zur Chefsache, zum Bestandteil des Regierungsprogramms. Die neue Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung im Präsidentsdepartement ist eine Stabsstelle, die Grundlagen und Strategien für die Regierung erarbeitet. Die beiden andern Schwerpunkte lauten Stadtteilentwicklung und Stadtwohnen. Die Abteilung Stadtentwicklung ist also keine Planungsbehörde, die vorspurt, was und wo gebaut wird. Sie befasst sich mit der Lebensqualität in den Quartieren, wo Stadtteilsekretariate (bis jetzt in St. Johann und Kleinbasel) als nichtstaatliche Drehscheiben zwischen Bewohnern und Verwaltung fungieren sollen. Im § 55 der Kantonsverfassung ist ausdrücklich festgehalten, dass der Staat «die Quartierbevölkerung in seine Meinungs- und Willensbildung einbezieht».

Die Stadtbewohner sollen selber zu Wort kommen, bevor die Verwaltung entscheidet oder es gar zu Volksabstimmungen kommt.

Das lief bisher nicht ohne Nebengeräusche ab: Die dazu erlassene Verordnung wird von Quartieraktivisten als zu wenig mitbestimmungsfreundlich erachtet, und die Quartiertreffpunkte beklagen sich über eine Benachteiligung bei den Subventionen. Zudem stiess die Idee eines Stadtteilsekretariates Grossbasel-Ost in den betroffenen Quartieren St. Alban, Gellert, Breite und Gundeldingen auf Ablehnung; die Interessen seien zu unterschiedlich für ein gemeinsames Sekretariat. Die seit zehn Jahren bestehende Quartierkoordination Gundeldingen, in der alle wesentlichen Quartierorganisationen vertreten sind, verzichtet deshalb auf staatliche Subventionen.

Fünftausend hochwertige zusätzliche Wohnungen bis Ende 2010: So lautet das Ziel von Logis Bâle, einem Programm zur Wohnbauförderung, das auf das «Aktionsprogramm Stadtentwicklung» von 1999 zurückgeht. Bei der Fachstelle Stadtwohnen, die auch als Geschäftsstelle für Logis Bâle fungiert, geht man davon aus, dass dieses Ziel knapp erreicht wird, wenn man zu den gegen dreitausend neu erstellten Wohnungen noch Zusammenlegungen von Kleinwohnungen, Dachstockausbauten und Umnutzungen von Büros hinzuzählt, ohne Totalsanierungen zu berücksichtigen. Das Grundprinzip von Logis Bâle lautet: Die Investitionen in den Wohnungsbau werden weiterhin weitgehend von Privaten geleistet, der Staat sorgt für optimale Rahmenbedingungen. Nun setzt sich mit Logis Bâle der Staat erstmals auch für den Bau von Wohnungen im hochklassigen Segment ein, während bis anhin der Akzent vor allem auf der Erhaltung und Bereitstellung günstiger Wohnungen und auf Mietzinsbeiträgen für bedürftige Familien lag. Die Verfassung gibt dem Kanton den Auftrag, den Wohnungsbau «im Interesse eines ausgeglichenen Wohnungsmarktes» zu fördern. Der Akzent soll dabei vor allem auf familiengerechten Wohnungen liegen. Mittlerweile hat die Fachstelle Stadtwohnen unter der Leitung von Regula Küng eine «Strategie Wohnraumentwicklung» formuliert, die von der Regierung noch genehmigt werden muss. Auf dieser Basis soll das fehlende Gesetz zur Wohnbauförderung erarbeitet werden.

Was die viel zitierte Gentrifizierung betrifft, so betont man bei der Abteilung Stadtentwicklung, dass davon in Basel noch keine Rede sein könne. Der aus dem Englischen abgeleitete Begriff bezeichnet die schrittweise Aufwertung eines Quartiers, die über steigende Immobilienpreise zur Verdrängung der angestammten Quartierbevölkerung führt. Dieser Prozess wird nicht nur von der Immobilienspekulation getragen, auch die Wohnbauförderung und die Wohnumfeldaufwertung der öffentlichen Hand können eine Rolle spielen. Gemäss Regula Küng sind bei einer Leerstandsquote von 0,7 Prozent – im Unterschied zu 0,07 Prozent in der Stadt Zürich – immer noch genügend Wohnungen auf dem Markt. Dennoch müsse der Wohnungsbau vorangetrieben werden, damit der Druck auf günstige Wohnungen angesichts des Bevölkerungswachstums nicht zunehme.



Die Markthallenbrücke im Umbau



Eine weitere Herausforderung liegt nach Auffassung der Fachstelle Stadtwohnen in der Tatsache, dass die Bausubstanz von siebzig Prozent der Wohnhäuser unbefriedigend ist. Da die Verantwortung für den Bau und Unterhalt von Wohnungen zum grössten Teil bei Privaten liegt, ist hier ein Fächer von Anreizen vorstellbar, um diese zu Neubau, Nutzung von Ausbaureserven und Sanierungen zu bewegen. Die staatlichen Stellen haben bisher vor allem auf Information und Beratung gesetzt.

Vonseiten der Politik herrscht gegenüber der Abteilung Stadtentwicklung noch eine gewisse Reserviertheit. Deren Aktivitäten wirkten «verwirrend und unübersichtlich», schrieb die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates in ihrem Bericht für das Jahr 2009. In neunzig Prozent der Fälle fungiere sie als Dienstleister für Planung, Koordination oder Abstimmungen mit einem der Fachdepartemente. Den Beweis für eine Reduktion der Schnittstellen habe man noch nicht erbracht. Unbestritten sind dagegen die grundsätzlichen Ziele der Stadtentwicklung. «Basel muss sich als Zentrum einer trinationalen Metropolitanregion positionieren», meint auch das Grüne Bündnis. Die Probleme liegen in der konkreten Ausgestaltung und der politischen Umsetzung. Bisher wurden die Konflikte aber nicht so hart ausgefochten wie in den 1970er- oder 1980er-Jahren – was damit zu tun hat, dass die Linke und die Grünen in die Regierung eingebunden sind und dort wie auch im Grossen Rat die Mehrheit stellen.

Liest man die Vision «metrobasel 2020», so scheint darin die Aufhebung der Gegensätze zwischen einer Ökostadt Basel und der Wirtschaftsmetropole Basel gefunden – im Zeichen der Nachhaltigkeit. Hinter «metrobasel 2020» steht alles, was Rang und Namen hat: Regierungen, Verwaltung, die wichtigsten Unternehmen und Wirtschaftsverbände, und die BaZ sorgt für die mediale Verbreitung. Ein Thinktank wie Avenir Suisse, aber mit staatlicher Abstützung? Auf jeden Fall muss eine solch geballte Ladung an Macht und Intelligenz zum Widerspruch reizen. Der Stadtblog «infamy» wittert hinter den schönen Worten eine «hidden agenda», eine verborgene Absicht: «Big Pharma im Kostüm von Metrobasel» gebe den Takt vor, Basel solle globalisierungstauglich gemacht werden. Fundamentalopposition gegen eine unerwünschte Stadtaufwertung gab es bisher nur im Untergrund: bei den Globalisierungsgegnern, Neokommunisten und Autonomen. Sie macht sich Luft in Demonstrationen und in überraschenden Zerstörungsaktionen gegen Autos, Luxusgeschäfte und neue Einrichtungen in Basel-Nord. Die Basis dieser linksradikalen Bewegung ist allerdings bedeutend schmaler als 1968 oder zur Zeit der Jugendbewegung von 1980/81. Wie ihre Vorgänger agiert sie ausserhalb von Parlament und Volksabstimmungen.

Stadtentwicklung unter Einbezug der Bewohner ist ein Prozess, für den ein positives Klima der Diskussion und Mitbestimmung geschaffen werden soll. In Dialogen und Gesprächen, die vom Kanton und der Christoph Merian Stiftung finanziert werden, will man die Bedenken der Bevölkerung ernst nehmen. Doch letztlich ist die Stadtentwicklung auch den politischen Abläufen unterworfen. Widerstand müssen die

Promotoren in erster Linie von Referendumsabstimmungen über einzelne Sachgeschäfte fürchten. Thomas Kessler sprach in einem Interview mit der BaZ (17. Juli 2010) von den «Bedenkenträgern und Misanthropen» und spielte damit auf den traditionell baslerischen Nörgel- und Kritisiergeist an. Dem wäre entgegenzuhalten, dass Stadtentwicklungsvorlagen in Basel immer leidenschaftlich diskutiert werden. Besonders umstritten sind Projekte im Bereich der Grossbasler Innenstadt. Weder das Multiplexkino bei der Heuwaage (2003) noch das neue Stadt-Casino (2007) fanden bei den Stimmbürgern Gnade. Dagegen wurden die Überbauung Erlenmatt (2005) und das mittlerweile reduzierte Neubauprojekt der Messe (2008) gutgeheissen. Heikel wird es dagegen, wenn es um Grünflächen geht: Seit Mitte der 1980er-Jahre wurde keine Vorlage mehr angenommen, bei der es um die Einzonung von Grünzonen oder die Bebauung von Grünflächen ging. Abgelehnt wurden die Einzonung von Flächen an der Giornicostrasse (1984) und von Parzellen an der Reservoirstrasse und am Oberen Batterieweg (2006); angenommen wurden gegen den Willen von Regierung und Parlament Initiativen, welche die Grünerhaltung des Schwarzparks (1991) und des Landhofareals (2010) forderten. Am Erfolg der Idee, neuen Wohnraum nicht nur durch die Umnutzung von alten Industrie- und Technikflächen (Rheinhafen, Erlenmatt), sondern auch durch eine abgefederte Reduktion von Landwirtschafts- und Familiengartenflächen zu realisieren, darf gezweifelt werden. Über die Initiative zur Erhaltung aller Familiengartenareale soll bald abgestimmt werden.

Stadtentwicklung in dieser Form muss deshalb mit einer breit abgestützten Opposition rechnen, die am Status quo nichts ändern will. Hinzukommen könnte eine diffuse Abneigung gegen qualifizierte und gut verdienende Neuzuzüger, welche für eine Verteuerung des Wohnraums sorgen, ausgehend von derselben Gruppe konservativer Schweizer, die mit Skepsis beobachten, wie die Zuwanderung einer bildungsfernen Schicht aus Südosteuropa beträchtliche staatliche Integrationsanstrengungen notwendig macht. Eine Mehrheit kann diese Gruppe nur noch bei Volksabstimmungen erzielen. Aufstand der schweigenden Mehrheit? Weniger als zwei Drittel der Kantonsbevölkerung sind stimm- und wahlberechtigt. Bei einer Stimmbeteiligung von selten mehr als fünfzig Prozent bestimmt somit ein Drittel der Bevölkerung über Wohl und Zukunft der Res publica.

Aber auch das ist vermutlich eine Illusion. Es gibt stärkere Kräfte als das lokale Beharrungsvermögen und die regionale Förderpolitik. Wenn in den letzten Jahren der Bevölkerungsschwund gestoppt werden konnte, so ist das weniger der noch jungen Stadtentwicklungspolitik zu verdanken als vielmehr der Personenfreizügigkeit mit der EU und der (trotz Finanzkrise) positiven Wirtschaftsentwicklung. Dass gleichzeitig neuer Wohnraum geschaffen wurde, war dem Erfolg natürlich förderlich.